

„Schuldgefühl macht anfällig für Anklagen von Lobbygruppen“

Veröffentlicht am 21.10.2022 | Lesedauer: 10 Minuten



Von **Anna Schneider**
Chefreporterin



Leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam: Susanne Schröter

Quelle: FFGI

Wie schauen wir auf die Proteste im Iran? Für die Islamforscherin Susanne Schröter ist der milde Blick auf das Regime ein Zeichen für den schwachen Westen. Problematisch findet sie, dass postkoloniale Aktivisten so tun, als habe sich nichts verändert.

Susanne Schröter ist Professorin für Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt und leitet das dortige Forschungszentrum Globaler Islam (<https://www.ffgi.net/schroeter.html>). In ihrem jüngsten Buch „Global gescheitert? Der Westen zwischen Anmaßung und Selbsthass“ (Herder Verlag) attestiert sie der westlichen Welt einerseits außenpolitische Hybris, andererseits Fehleinschätzungen im Umgang mit Migrationsbewegungen, Islamismus und Identitätspolitik. Ein Gespräch über die nicht zu unterschätzende Wirkmacht einer kleinen, von Schuldgefühlen geplagten Elite, die Fallstricke postkolonialer Theorie und den Unwillen deutscher Linker, sich ernsthaft mit dem politischen Islam auseinanderzusetzen.

WELT: Frau Schröter, warum hasst sich der Westen selbst?

Susanne Schröter: Tatsächlich meine ich nicht den Westen an sich, beziehungsweise alle hier lebenden Menschen, sondern eine sehr einflussreiche Gruppe akademisch gebildeter Menschen, die ganz offensichtlich der Meinung ist, dass sie den Wohlstand und die Freiheit, die wir hier genießen, nicht wirklich verdient hat. Analytisch können diese Leute das nicht so richtig auf den Punkt bringen, aber sie haben ein latentes Schuldgefühl. Und dieses Schuldgefühl macht sie anfällig für Anklagen, die von Lobbygruppen kommen, Lobbygruppen mit ganz eigenen Interessen. Diesen geht es um den Zugriff auf finanzielle und politische Ressourcen, und um die Deutungshoheit über die Welt. Sie reklamieren Entscheiderpositionen sowie die Finanzierung ihrer Projekte für sich.

WELT: Was bisweilen verständlich ist, jeder möchte sich am Ressourcenkampf beteiligen.

Schröter: Das steht auch jedem zu. Aber in diesem Fall wird mit unlauteren Mitteln gekämpft. Man beschuldigt die Gesellschaft des strukturellen Rassismus und gibt sich selbst als Opfer aus. Diese moralisch-politische Agenda verfängt bei denjenigen, die sich ohnehin mit Schuldkomplexen plagen. Sie sehen sich sofort getroffen und sagen, um Gottes Willen, am Ende bin ich rassistisch, wusste es gar nicht und wollte es nicht sein.

WELT: Weil sie es gar nicht sind?

Schröter: Wenn sie Rassisten wären, wären sie gar nicht ansprechbar, aber sie sind überzeugte Antirassisten, die es vermeintlich Unterdrückten in jeder Hinsicht recht zu machen versuchen. Bei denen, die Druck machen und bei denen, die dafür ansprechbar sind, handelt es sich nur um eine sehr kleine Gruppe von Menschen, die aber in den Medien, im Kulturbetrieb und auch in den Geisteswissenschaften einflussreich ist.

WELT: Welche Rolle spielt die sogenannte postkoloniale Theorie in diesem Zusammenhang in Deutschland?

Schröter: Alles, was wir eben besprochen haben, geht wissenschaftlich auf ein Denkgebäude zurück, das sich postkoloniale Theorie nennt. Diese hatte in der Kolonialzeit

ihren Ursprung, als Theorie der antikolonialen Bewegungen. Nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien hätte man diese Denktraditionen überarbeiten müssen, aber sie wurden einfach weitergeführt. Die Legende ist, es gäbe eine ungebrochene Denktradition von der Kolonialzeit bis heute. Nichts habe sich seitdem verändert. Was empirisch gesehen natürlich kompletter Unfug ist.

WELT: Warum verfährt es dennoch?

Schröter: Es wirkt vor allem bei den jungen Menschen im Westen, die immer alles richtig machen wollen, die sehr hohe Ansprüche an sich selbst haben und die davon überzeugt sind, dass sie eine gerechte Welt schaffen müssen. Es geht also insbesondere um die politische Linke, die davon beseelt ist, dem Guten zur Durchsetzung zu verhelfen. Und wenn nun jemand kommt und sagt, ihr seid eigentlich alle Rassisten, ihr habt niemals dazu gelernt, der Kolonialismus existiert im Prinzip noch immer, nur unter anderen Vorzeichen, dann sind diese Leute eben ansprechbar.

WELT: Womit wir wieder beim Selbsthass wären.

Schröter: Ja, das ist der Selbsthass, der dazu führt, dass man die Grundlagen der liberalen Demokratie, also vor allem die individuellen Freiheitsrechte, die Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit, zugunsten der Rechte vermeintlich unterprivilegierter Gruppen außer Kraft setzt. Wenn Kritik am Islamismus nicht mehr geäußert werden darf, weil sich Muslime beleidigt fühlen könnten, wenn ein Gedicht übermalt wird, weil Studenten die Assoziation von Frauen und Blumen für sexistisch halten oder wenn eine Dissertation abgelehnt wird, weil es als rassistisch gilt, sich mit Schattenseiten in migrantischen Gemeinschaften zu beschäftigen.

WELT: Sie identifizieren im Inneren des Westens also identitätspolitische Aktivisten, die versuchen, die geistigen Fundamente des Westens moralisch zu delegitimieren. Woran machen Sie fest, dass es sich dabei nicht nur um die Diskussion in einer Blase handelt?

Schröter: Am Einfluss, den diese Personen besitzen. Nehmen wir etwa die [Wissenschaftsfreiheit \(/kultur/article225630249/Cancel-Culture-Netzwerk-](https://kultur/article225630249/Cancel-Culture-Netzwerk-)

[Wissenschaftsfreiheit-gegruendet.html](#)). Vor allem in der Geisteswissenschaft, teilweise sogar schon in der Naturwissenschaft, sehen wir einen Prozess, der relativ weit fortgeschritten ist. Es gibt eine Generalerzählung, dass die Wissenschaft aufgerufen sei, die Gesellschaft gerechter zu machen. Und Gerechtigkeit wird in einer bestimmten Weise von Aktivistengruppen, von postkolonialen Theoretikern oder aus Gleichstellungsbüros definiert.

WELT: Was bedeutet Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang?

Schröter: Gerechtigkeit bedeutet unter anderem, dass vermeintlich unterprivilegierte Menschen numerisch in bestimmten Positionen repräsentiert sein sollen. Das heißt, am Beispiel von Frauen, wenn 50 Prozent der Bevölkerung Frauen stellen, müssen sie auch in allen Führungspositionen zu 50 Prozent vertreten sein. Kein Mensch redet allerdings darüber, dass sie auch 50 Prozent in der Müllabfuhr oder in anderen unterprivilegierten Bereichen bekommen. Es geht nur um Positionen mit Entscheidungsbefugnis. Und das wird nun sukzessive durchgesetzt.

Die Stadt Hannover etwa hat festgelegt, dass im Verwaltungsbereich 30 Prozent aller neuen Stellen von Menschen mit Migrationshintergrund besetzt werden sollen. Das Einstellungskriterium ist also nicht die Kompetenz, sondern ein äußeres Merkmal. Ähnliches gilt auch für den Wissenschaftsbetrieb in Bezug auf die Berufung von Frauen. Aus der Gleichberechtigung, die natürlich wichtig ist, wurde Gleichstellung. Aber auch die Forschung soll sich mittlerweile fragwürdigen Gerechtigkeitsvorstellungen unterordnen.

WELT: Inwiefern?

Schröter: Themen, die Missstände bei vermeintlichen Opfergruppen behandeln, stehen unter Generalverdacht. Wenn zum Beispiel jemand zum Thema Ehrenmorde forscht, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Arbeit letztendlich abgelehnt wird, außerordentlich groß. Wenn jemand zum politischen Islam forschen möchte, kann man schon fast sicher sein, dass es dafür keine Forschungsgelder gibt. Oder dass eine Doktorarbeit zum Thema nicht durchkommt. In wichtigen, aber politisch aufgeladenen Bereichen wird gar nicht mehr wissenschaftlich geforscht, weil es nicht mehr opportun ist. Und wenn dann die

Politik versucht, Referenzen in der Wissenschaft zu finden, gibt es plötzlich nichts mehr dazu. Und das hat natürlich durchaus Auswirkungen auf politisches Handeln.

WELT: Nun gab Bundesinnenministerin Nancy Faeser Anfang September bekannt, dass der vom Ministerium ins Leben gerufene Expertenkreis Politischer Islamismus seine Arbeit nicht fortsetzen soll. Und nun?

Schröter: Ich halte das für fatal, weil wir die dramatischen Folgen dieses politisierten Islam bereits erleben. Auch in Deutschland. Es gibt zum Beispiel große Probleme in Schulen. Mädchen, die sich nicht islamkonform verhalten, werden durch muslimische Schüler unterdrückt, Lehrkräfte durch islamische oder islamistische Eltern eingeschüchtert. In vielen Städten existieren Parallelgesellschaften, in denen Clangewalt herrscht. Und wir haben in den islamischen Verbänden, mit denen die Politik Kooperationsverträge eingegangen ist, die Situation, dass diese vom Ausland, das heißt von diktatorischen Regimes gesteuert werden.

Nancy Faeser hat als Bundesministerin des Inneren die Aufgabe, jede Art von Extremismus zu bekämpfen, doch sie sieht offenbar nur den deutschen Rechtsextremismus. Den türkischen Rechtsextremismus beachtet sie ebenso wenig wie den Islamismus. Dass sie die einzige Kommission zur Dokumentation des politischen Islamismus, die es überhaupt gab, aufgelöst hat, finde ich wirklich skandalös. Weil es bedeutet, dass sie sich weigert, die Realität wahrzunehmen.

WELT: Wird sich die Positionierung Deutschlands Linker ([/debate/kommentare/plus241424455/Iran-Die-woke-Feminismus-Blase-faellt-den-Iranern-in-den-Ruecken.html](https://www.debatte/kommentare/plus241424455/Iran-Die-woke-Feminismus-Blase-faellt-den-Iranern-in-den-Ruecken.html)) angesichts der Proteste im Iran ändern? Immerhin hat die grüne Kulturstaatsministerin Claudia Roth inzwischen eingeräumt, dass das Kopftuch ein Symbol für ein verkommenes System sei.

Schröter: Ehrlich gesagt, weiß ich es nicht. Als unsere Außenministerin, Frau Baerbock, Ende September (im Deutschen Bundestag, d. Red. (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2131130>)) sagte, dass die

Unterdrückung und die staatliche Gewalt im Iran weder etwas mit Religion noch mit Kultur zu tun hat, dachte ich mir, da ist Hopfen und Malz verloren. Der Iran ist eine islamische Republik, deren normative und rechtliche Grundlagen auf islamischen Interpretationen des Korans und der Sunna basieren und durch Theologen festgelegt worden sind. Es ist eine islamische Republik, in der islamische Sittenwächter die islamischen Regularien durchsetzen, und eine Frau festnehmen, foltern und ermorden konnten, weil sie sich nicht islamisch genug gekleidet hat. Zu sagen, das habe nichts mit dem Islam zu tun, geht wirklich gar nicht.

WELT: Warum macht die Außenministerin das?

Schröter: Ich kann mir nur zwei Erklärungen vorstellen. Die eine ist, dass die Islamische Welt momentan händeringend und mit Kniefall bewegt wird, einzuspringen, seitdem wir weniger Gas aus Russland beziehen. Direkt nachdem Frau Baerbock die feministische Außenpolitik (</debatte/kommentare/article241127049/Iran-Eine-feministische-Aussenpolitik-muss-spaetestens-jetzt-reagieren.html>) verkündet hat, ist Herr Habeck nach Katar geflogen, äußerst ikonisch, wie er da den Rücken vor dem Emir beugte. Die andere ist die innenpolitische Dimension. Die Grünen, aber auch die SPD, verstehen unter Weltoffenheit auch den Schulterschluss mit Islamisten gegen vermeintlich Rechte. Aus dieser Allianz kommt auch das Narrative des sogenannten antimuslimischen Rassismus.

Wer die Verbände kritisiert, wer den Islamismus kritisiert, gilt automatisch als Rassist. Dazu gab es Teilhabeversprechen bis in finsterste islamistische Kreise hinein, das sehen wir etwa am Islamischen Zentrum Hamburg. Dieses Zentrum ist die Dependence der Mullahs in Europa und dafür zuständig, die Ideologie der Islamischen Republik Iran in Europa zu verbreiten. Dazu gehört auch ein skandalöser Antisemitismus, der die Vernichtung Israels anstrebt. Und das wird natürlich seit vielen Jahren kritisiert. Aber die Grünen und die SPD lassen die politische Kooperation unangetastet.

WELT: Nun meinte aber der Grünen-Chef Omid Nouripour, man müsse dem „Islamischen Zentrum Hamburg“ endlich das Handwerk legen.

Schröter: Bis jetzt habe ich noch nicht vernommen, dass das auch umgesetzt werden soll.

Ich habe vielmehr den Eindruck, dass man innerhalb der Grünen, aber auch innerhalb der SPD, abwartet, bis sich der Sturm wieder gelegt hat. In der Hoffnung, dass da nichts weiter passiert und man anschließend so weitermachen kann wie zuvor.

WELT: Wo sind die Konservativen und Liberalen in dieser Debatte?

Schröter: Wenn ich das wüsste. Ich sehe nicht, dass das Thema des Islamismus von irgendeiner Partei des bürgerlichen Spektrums aufgegriffen wird. Es gibt zwar einzelne Personen, die darauf hinweisen, und das ist sehr verdienstvoll. Übrigens aus allen Parteien. Aber es gibt keine Partei, die sich wirklich darauf konzentriert, dass der politische Islam nicht weiter um sich greift, dass Migration tatsächlich geregelt wird, dass die Demokratie im Inneren bewahrt bleibt und dass wir eine vernünftige Streitkultur entwickeln. Das macht mich ein bisschen traurig.

WELT: Nun wird die Krise des Westens seit Jahren beklagt. Was ist jetzt anders?

Schröter: Dramatisch ist, dass außen- und innenpolitische Probleme nun zusammenfallen. Bislang hat man sich außenpolitisch in Sicherheit gewiegt und war von der eigenen Unverwundbarkeit überzeugt – ein Irrglaube, wie wir jetzt angesichts der Abhängigkeit von Russland oder China sehen. Aber es geht auch um Illusionen über die Attraktivität des Westens im globalen Süden, etwa in Indien oder in Senegal: Bei den Sanktionen gegen Russland haben sie sich herausgehalten. Wir müssen sogar feststellen, dass die Chinesen und die Russen sehr viel mehr Credibility besitzen, als uns lieb ist, und müssen uns fragen, warum das so ist.

Vielleicht liegt es daran, dass sie weniger moralisch besserwisserisch auftreten; Ausbeutung ohne erhobenen Zeigefinger funktioniert immer noch besser als Ausbeutung mit erhobenem Zeigefinger. Wenn man in Deutschland so tut, als ob unser außenpolitisches Handeln ein Akt der reinen Menschlichkeit wäre, wie unsere Politiker gerne verkünden, glaubt uns eben einfach keiner. Zusätzlich zu dieser außenpolitischen Krise haben wir eine Krise der Migrationspolitik und eine Krise in Bezug auf Freiheitsrechte im Inneren.

WELT: Man wartet also auf eine weitere Zeitenwende in Deutschland, diesmal nicht nur im Äußeren, sondern auch im Inneren.

Schröter: Das wäre notwendig, doch dafür muss das Bewusstsein, dass nachjustiert werden muss, erst einmal da sein. Wenn wir es im Inneren mit demokratischen Prinzipien und unseren Freiheitsrechten nicht ernst meinen und unsere Außenpolitik primär von Doppelmoral geprägt ist, nimmt uns niemand mehr ernst.

Susanne Schröter: *Global gescheitert? Der Westen zwischen Anmaßung und Selbsthass.*
Herder, 240 Seiten, 20 Euro

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241637399>